

Aus: Rainer Hudemann unter Mitarbeit von Marcus Hahn, Gerhild Krebs und Johannes Großmann (Hg.), *Stätten grenzüberschreitender Erinnerung – Spuren der Vernetzung des Saar-Lor-Lux-Raumes im 19. und 20. Jahrhundert. Lieux de la mémoire transfrontalière – Traces et réseaux dans l'espace Sarre-Lor-Lux aux 19e et 20e siècles, Saarbrücken 2002, 3., technisch überarbeitete Auflage 2009. Publiziert als CD-ROM sowie im Internet unter www.memotransfront.uni-saarland.de.*

Gerhild Krebs

Arbeiter-, Verbands- und politische Architektur

Die Gebäude der grenzüberschreitenden Arbeiterkultur, die heute in der Großregion Saar-Lor-Lux vorhanden sind, sind das Ergebnis einer komplexen Geschichte. Die spezifische regionale Ausprägung obrigkeitsstaatlicher und unternehmerisch-paternalistischer Kontrolle im 19. und frühen 20. Jahrhundert verzögerte im Saarrevier die Organisierung der Arbeiterbewegung und ihre politische, gewerkschaftliche, soziale und kulturelle Ausdifferenzierung im Vergleich zu anderen Regionen des Reiches. 1919–1935 war die Arbeiterbewegung aufgrund der Internationalisierung des Saargebietes bei französischer Vorherrschaft wiederum in einen anderen Zusammenhang als im Reich eingebunden. Daher wurden viele soziale Konflikte und Ausdrucksweisen der politischen Kultur an der Saar durch die nationalen Frontstellungen überformt, wie dies 1945–1955 erneut zu beobachten war.

Neben dem Gebäude des Rechtsschutzsaales in Bildstock (Stadt Friedrichsthal), das hier nicht behandelt wird, sind es in Saarbrücken vor allem das Haus der Arbeiterwohlfahrt und das Verwaltungsgebäude der Arbeitskammer, die eine grenzüberschreitende Bau- und Nutzungsgeschichte aufweisen. Die Arbeiterwohlfahrt als einflußreichste SPD-Sozialorganisation der 1920er und frühen 1930er Jahre wurde zum kommunikativen Zentrum des Abstimmungskampfes 1933–1935 und zur Zwischenstation für Flüchtlinge aus dem Reich auf ihrem Weg nach Frankreich. Die Arbeitskammer des Saarlandes, eine aus den besonderen Bedingungen der Zeit nach 1945 hervorgegangene Form der institutionellen Arbeitnehmervertretung, nimmt seit Jahrzehnten grenzüberschreitende Aufgaben wahr.

Mit der Rückgliederung des Saarlandes 1935 wirkte der Kampf der NSDAP und des „Dritten Reiches“ gegen die organisierte Arbeiterbewegung sofort auch nach Lothringen hinein: Nach der Saarabstimmung 1935 erfolgte die Gründung einer Beratungsstelle für Flüchtlinge in Forbach und die Einrichtung provisorischer Flüchtlingslager, der Centres d'hébergement in Lothringen. Was mit den Gebäuden der Arbeiterkultur geschah, die 1935 von der NSDAP enteignet wurden, und welche grenzüberschreitenden Wirkungen dies hatte, ist im Überblickstext zu den ehemaligen Braunen Häusern im Saarland beschrieben.

Zur politischen Kultur der deutsch-französischen Geschichte zählt der Widerstand, der von Frankreich aus gegen den Nationalsozialismus organisiert wurde, sowohl 1933/1935–1939 vorwiegend durch exilierte Deutsche als auch während des Krieges durch Franzosen und Exilierte. Das Saarland und Lothringen nahmen in der geographischen Organisation dieses Widerstandes stets eine besondere Bedeutung ein. Eine Episode aus der Geschichte des Widerstandes, die sich zumindest teilweise an ein besonderes Gebäude in Forbach knüpfen läßt und das gleichgerichtete Widerstandswirken von exilierten Deutschen und Lothringern reflektiert, ist im Text über das Haus Kreuzberg dargestellt.

Der mehrfache Herrschaftswechsel, der in den Betrieben an der Saar mit der französischen Vorherrschaft 1919–1935 faktisch noch häufiger war als in Lothringen, läßt sich an der Architektur vieler Beamten- und Arbeitersiedlungen bis heute verfolgen. 1850–1939 war die große Zeit des Baues solcher Siedlungen, in denen die verschiedenen Ebenen der Betriebshierarchie in sorgsam gestaffelten Ausstattungsunterschieden ablesbar sind und die unterschiedlichen deutschen und französischen Traditionen oft, aber durchaus nicht immer widerspiegeln. Unterschiedliche Typen solcher Siedlungen werden in diesem Abschnitt vorgestellt, darunter die Siedlungen in Friedrichsthal, Göttelborn, Luisenthal und Velsen, die Siedlungen Madenfelderhof (Landsweiler) und Von der Heydt (Burbach), die Glasmachersiedlung Fenne sowie die unter nationalsozialistischer Herrschaft entstandene Hermann-Röchling-Höhe in Völklingen. Verflechtungen über die Grenzen hinweg prägten dabei den ganzen Saar-Lor-Lux-Raum. Dies soll beispielhaft an den Artikeln über die Entwicklung von Nilvange, über die Cité

d'Hagondange und über das Brill-Viertel im luxemburgischen Düdelingen (Dudelange) sowie mithilfe eines allgemeinen Hintergrundtextes über Arbeitersiedlungen in Luxemburg verdeutlicht werden. Einige Unternehmen, deren Betriebs-Siedlungen hier vorgestellt werden, sind unter ökonomischen Gesichtspunkten unter dem Themenbereich Industrie- und Gewerbearchitektur aufgeführt. Erläuterungen zur architektonischen Gestalt der Siedlungen finden sich außerdem im Artikel über Arbeiter- und Industriewohnungsbau.

Obwohl in dieser Veröffentlichung architektonische Objekte innerhalb der Großregion Saar-Lor-Lux behandelt werden, gibt es eine wichtige Ausnahme von dieser Regel. Die französischen Internierungslager, in denen 1939 die Flüchtlinge aus Deutschland, darunter mehrere Tausend Angehörige der deutschen Arbeiterbewegung, festgehalten wurden, lagen alle außerhalb der Großregion. Diese in Inner- und Südfrankreich angelegten Lager sind hier mit dem Internierungslager Gurs als Beispiel vertreten aufgrund ihrer historischen Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung, das deutsche Judentum und den deutschen Widerstand sowie das deutsch-französische Verhältnis nach 1945.

Die Arbeiterbewegung an der Saar

In der Frühindustrialisierung hatten erste Betriebe an der Saar beispielsweise mit der Dillinger Hütte seit dem 17. Jahrhundert, mit dem traditionsreichen grenzüberschreitenden Unternehmen Villeroy & Boch oder mit dem Eisenwerk (1733) und der Alten Schmelz (ab 1770) in St. Ingbert Grundlagen für eine Unternehmertradition gelegt. Der große Aufschwung in dem armen Landstrich kam jedoch erst mit der Weiterentwicklung der Schwerindustrie seit Mitte des 19. Jahrhunderts.

Die politische Arbeiterbewegung begann sich ab 1870 im Saarrevier allmählich zu konstituieren. Zunächst konnte sie jedoch keine öffentliche, flächendeckende und effektive Arbeiterpolitik betreiben. Sie war konfrontiert mit den zwar in vielfacher Hinsicht unterschiedlichen oder widerstreitenden, gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung jedoch oft zusammengehenden Interessen der patriarchalischen Unternehmerschaft, der Regierungen und der Kirchen.

Die erste Nachricht über die Sozialdemokraten an der Saar stammt aus dem Jahr 1870 im Rahmen einer Zeitungsannonce. Im Baldes'schen Saal, einer Gastwirtschaft in St. Johann, wurden im Juli und August 1872 die ersten sozialdemokratischen Versammlungen abgehalten, bei denen zur Gründung von freien Gewerkschaften aufgerufen wurde. Im Mai 1876 wurde in St. Johann der erste regionale Ortsverein der SPD gegründet. Als die St. Johanner SPD-Agitatoren kurz darauf begannen, Bergarbeiterversammlungen an Grubenstandorten und Wohnorten im Saarrevier abzuhalten, wurde Carl Ferdinand Stumm ihr härtester Gegner. Sein patriarchalisches Regime der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontrolle seiner Arbeiter wurde zum Inbegriff dieses Typus deutscher Unternehmer im Kaiserreich.

Auf seine Veranlassung hin beschloß am 6. Juli 1877 die Mehrheit der Unternehmer an der Saar das sogenannte „Sozialistengesetz der Saarindustrie“. In privatwirtschaftlichem Vorgriff auf das Sozialistengesetz von 1878 im Reich sah es vor, sozialdemokratische oder der Sozialdemokratie verdächtige Arbeiter sofort zu entlassen und auch in anderen Betrieben an der Saar nicht mehr zu beschäftigen. Durch Druck auf die jeweiligen Vermieter sollte das auch den Verlust der Wohnung und damit die soziale Verelendung zur Folge haben oder die Abwanderung der Sozialdemokraten aus der Region erzwingen. Parallel dazu wurden die St. Johanner Agitatoren von der Polizei verhaftet und als Aufwiegler zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Es folgten Hausdurchsuchungen und Versammlungsverbote. Die wenigen nach einiger Zeit noch übrigen saarländischen Sozialdemokraten gingen in die Illegalität und behalfen sich mit der Gründung von Tarnorganisationen, die wie private Klubs auftraten.

Die ersten Ortsvereine von Gewerkschaften an der Saar waren die Saarbrücker Ortsgruppen des Klempnerverbandes (März 1874) und des Buchdruckerverbandes (Januar 1876), die aufgrund der Initiative der St. Johanner Sozialdemokraten gegründet worden waren. An den Gruben und Eisenhütten konnte sich in dieser Zeit wegen der oben skizzierten Situation noch keine Gewerkschaftsgruppe

etablir, dies geschah erst während und nach der sogenannten Großen Streikzeit der Saarbergleute (1889–1893). Gestreikt wurde im preußischen und bayerischen Staatsbergbau gegen die Arbeitsbedingungen und die unzureichende Lohnhöhe. Der „Rechtsschutzverein“ in Bildstock (Friedrichsthal) und der dortige Bau des Rechtsschutzsaales, eines der ersten Gewerkschaftsgebäude in Deutschland, markieren die erste Gründung einer regionalen freigewerkschaftlichen Organisation an der Saar: der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband, der auch „Alter Verband“ genannt wurde. Als die Mitglieder des Bildstocker Rechtsschutzvereins (1890–1893) sich über das preußische Gebiet hinaus auch grenzüberschreitend im bayerischen St. Ingbert sowie im lothringischen Forbach zu organisieren begannen, zerschlugen jedoch die – in anderen Punkten häufig uneinigen – staatlichen Stellen Preußens, Bayerns und des Reichslandes Elsaß-Lothringen diese grenzüberschreitenden Bemühungen sehr rasch.

Bernard Desmars

Le mouvement ouvrier lorrain : la force des frontières

La naissance du mouvement ouvrier en Lorraine est bien sûr liée à l'essor de l'industrialisation à partir de la fin du XIXe siècle, quand le développement des activités minières (houille et fer principalement), sidérurgiques et textiles favorisent la concentration de main d'œuvre dans les grandes entreprises, surtout en Moselle et en Meurthe-et-Moselle, secondairement dans les Vosges grâce à l'industrie textile. Cependant, la division de la Lorraine, depuis 1871, entre la Lothringen (l'actuelle Moselle), appartenant à l'Empire allemand, et les départements restés français (Meurthe-et-Moselle, Vosges et Meuse) a d'abord imposé la formation de deux mouvements évoluant parallèlement, certes avec des similitudes, mais sans véritable rencontre.

L'organisation de syndicats en Moselle s'est d'abord heurtée, comme dans le reste de l'Allemagne, à la politique répressive menée par Bismarck contre ce qui pouvait être suspecté de sympathies socialistes. Mais, dans le cas de la Lorraine, cela a été aggravé par une législation très restrictive, héritée de la France et maintenue par les autorités allemandes, à l'égard des associations. Aussi, après une première tentative pour établir une organisation ouvrière dans le bassin houiller, en 1889–1890, n'est-ce qu'à partir des années 1895–1900 que l'on peut observer la création de syndicats, avec deux grandes inspirations différentes : d'une part, les « syndicats libres », liés au parti socialiste, d'autre part les syndicats chrétiens ; les uns et les autres bénéficient généralement de l'aide de fédérations allemandes, qui leur envoient des permanents chargés de développer et d'animer l'action syndicale ou de conduire des grèves. L'influence sarroise est particulièrement nette sur le développement syndical dans le bassin houiller de la région de Forbach, où travaillent d'ailleurs de nombreux mineurs résidant en Sarre ; l'essai pionnier de 1889–1890 déjà cité est dû à un Sarrois et ne comprend que six Lorrains de souche sur les cinquante-deux membres ; et les statuts s'inspirent fortement de ceux des associations rhénanes et sarroises.

Cette origine allemande peut parfois être un handicap pour implanter de nouvelles sections et élargir le recrutement aux Lorrains « indigènes », réticents à adhérer à ces organisations de l'Empire ; à l'exception de Karius, Luxembourgeois naturalisé Alsacien-Lorrain et permanent du syndicat des mineurs chrétiens dans le bassin sidérurgique, les autres dirigeants viennent d'Alsace, de Sarre, de Rhénanie ou d'autres régions de l'Empire. Les effectifs des syndicats sont d'ailleurs faibles, et après avoir augmenté jusqu'en 1906, vont décliner dans les années suivantes, ne regroupant en 1913 que 5200 adhérents.

Il en va de même pour le mouvement socialiste, qui recueille peu de suffrages dans les localités ouvrières, malgré la candidature à Metz de Karl Liebknecht. L'élection de Georges Weill à Metz en 1912 constitue un cas particulier, qui ne peut dissimuler la faiblesse du mouvement socialiste en Moselle, surtout si on la compare à l'essor du SPD dans l'ensemble de l'Empire.

Il n'a vraisemblablement guère existé de liens entre les organisations syndicales de part et d'autre de la frontière ; la présence d'un responsable de la CGT (Confédération générale du travail) à une réunion des syndicats libres de Fontoy en 1907 semble avoir été un fait isolé. Du reste, dans la Lorraine française,

une partie de la main d'œuvre industrielle dans les années 1880–1890 se montre peu favorable aux thèses internationalistes et au rapprochement avec le mouvement ouvrier allemand, les uns parce qu'ils proviennent des « provinces perdues » par la France, les autres parce qu'ils sont sensibles aux idées nationalistes et boulangistes qui se diffusent alors, par exemple à Nancy autour de Maurice Barrès. Des mouvements xénophobes visent également la main d'œuvre belge, luxembourgeoise et surtout italienne. Après 1900, le syndicalisme français est dominé par une orientation anarcho-syndicaliste ; lors des grandes grèves qui agitent le bassin minier et sidérurgique de Longwy en 1905, c'est le drapeau rouge qui est agité, tandis que l'on chante l'Internationale. Cependant, dans la Lorraine française comme dans la partie allemande, les effectifs des syndicats sont faibles, tandis que les scores électoraux du parti socialiste (SFIO, Section Française de l'Internationale Socialiste) sont presque insignifiants avant 1914.

Dans les deux cas, le syndicalisme se heurte au patronat qui s'efforce d'empêcher la formation d'organisations syndicales au sein des entreprises ou refuse d'en reconnaître l'existence. Certains dirigeants, comme les de Wendel, présents d'ailleurs de part et d'autre de la frontière, développent une politique paternaliste ; leurs salariés bénéficient de prestations ou d'avantages sociaux qui doivent apaiser les revendications, mais aussi favoriser le contrôle de la main d'œuvre. Pourtant, de 1905 à 1907, une grande vague de grèves parcourt la Meurthe-et-Moselle (bassin de Longwy, Pont-à-Mousson) et les Vosges, du côté français, et la Moselle, du côté allemand, sans qu'on puisse cependant attester l'existence de relations entre les deux mouvements ; l'ampleur et la violence de certains conflits (des morts à Longwy en 1905, à Raon l'Étape dans les Vosges en 1907 lors des charges menées par les militaires ; des affrontement entre grévistes et membres de syndicats « jaunes » soutenus par le patronat) provoquent une vigoureuse répression (licenciements et condamnations pénales) qui contribue à la faiblesse du mouvement syndical.

La proximité de la frontière belge, luxembourgeoise ou allemande permet cependant à certains militants du bassin de Longwy d'échapper aux poursuites ou de retrouver un emploi après la série de grèves qui a affecté la région entre 1905 et 1907. De même, après la grande grève des mines de fer, en 1907, des grévistes licenciés, en particulier des Italiens, gagnent la France.

En novembre 1918, alors que la révolution se répand en Allemagne, des soviets de soldats et d'ouvriers se forment en Moselle, en particulier à Metz et à Thionville. Cependant, après l'armistice du 11 novembre 1918, la Moselle redevient française, apportant au sein du mouvement ouvrier lorrain certains caractères spécifiques hérités des décennies précédentes, en particulier le poids du syndicalisme chrétien ; les Alsaciens-Lorrains vont d'ailleurs jouer un rôle important dans la fondation en 1919 de la CFTC (Confédération française des travailleurs chrétiens).

Mais, dans l'entre-deux-guerres, malgré les migrations quotidiennes de travailleurs belges ou luxembourgeois employés dans le bassin sidérurgique de Longwy, ou sarrois dans les mines de charbon de la région de Forbach, les organisations syndicales lorraines s'inscrivent dans un cadre national ou régional qui ne facilite pas l'émergence de mouvements revendicatifs transfrontaliers. Toutefois, en Moselle, le jeune parti communiste, implanté surtout dans la partie germanophone et recrutant dans les usines d'Amnéville et d'Hagondange parmi des ouvriers d'origine allemande, adopte des positions internationalistes qui le conduisent à soutenir en 1923, notamment à travers son relais syndical la CGTU (Confédération générale du travail unitaire), des grèves de solidarité avec les mineurs de la Ruhr occupée par des troupes françaises ; d'abord orienté vers le monde germanique et favorable aux thèses autonomistes dans les années 1920, il adopte un nouveau discours caractérisé par le patriotisme républicain dans la décennie suivante, surtout après l'arrivée d'Hitler au pouvoir. Parallèlement, les activités menées par les antifascistes italiens dans l'entre-deux guerres, avec le soutien des partis socialiste et communiste, bénéficient de la proximité du Luxembourg, par où transitent notamment une partie de la presse clandestine et certains leaders qui viennent ensuite en Lorraine.

Cependant, avant 1940 comme après 1945, les relations entre les organisations syndicales et politiques lorraines avec leurs voisines luxembourgeoises ou sarroises paraissent très réduites, malgré quelques tentatives de rapprochement. De surcroît, la faiblesse de la syndicalisation en Lorraine (seulement 10%

des salariés environ sont syndiqués aujourd'hui) la distingue nettement des taux enregistrés chez ses voisins luxembourgeois et allemands.

Gerhild Krebs

Katholizismus als soziale Opposition an der Saar (19. Jahrhundert bis 1933)

Die Arbeiter, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus den dünn besiedelten ländlichen Nachbarregionen des Hunsrücks und der Pfalz an die Saar strömten, waren nahezu alle katholisch. Sie hatten erhebliche Schwierigkeiten, sich an die in jeder Hinsicht neue Situation anzupassen: die fremde, dichtbesiedelte Umgebung, die ungewohnte industrielle Arbeit, das neue Dorf mit Menschen anderer Mundart und die protestantische Oberschicht im Alltag wie am Arbeitsplatz. In dieser Situation war ihr katholischer Glaube der einzige Halt, die scheinbar einzige Sicherheit in einer sich rasant verändernden Welt. Dies fügte dem sozialen und ökonomischen Konflikt im Bereich der Arbeit noch den religiösen Konfliktstoff hinzu, zumal die Bevölkerungszahl bis zum Ersten Weltkrieg durch diese zuziehenden katholischen Arbeiterfamilien ständig und rasch anwuchs.

Die katholische niedere Geistlichkeit, die täglich mit diesen Problemen konfrontiert war, zum Teil selbst aus der Arbeiterschicht stammte und vom Vorbild des weltoffenen rheinischen Katholizismus geprägt war, reagierte sofort, mit dem Ziel, ihre Pfarrkinder an einer Politisierung in Richtung sozialistischer Ideen zu hindern. Die katholischen Geistlichen reagierten auf drei Ebenen: Zum einen begannen sie sich selbst zu politisieren und engagierten sich zunehmend im Zentrum, der politischen Partei des deutschen Katholizismus. Zum zweiten stellten sie sich an die Spitze einer regionalen konfessionellen Opposition gegen die schlimmsten sozialen Auswüchse der Industrialisierung, gründeten Arbeiter- und Gewerkschaftsvereine unter ihrem eigenen Vorsitz. Sie gaben auch viele eigene Zeitungen und Schriften heraus; einzelne Kapläne und Pastoren wie etwa Kaplan Dasbach, der für das Zentrum verschiedene Zeitungen herausgab, erlangten in diesem Zusammenhang große regionale Popularität. Zum dritten gründeten die katholischen Geistlichen eine Vielzahl an Freizeitvereinen unter ihrem eigenen Vorsitz, insbesondere ab der Jahrhundertwende. Daher entwickelte sich in den Jahrzehnten ab 1850, als die wirtschaftliche Entwicklung an der Saar rapide voranschritt, innerhalb kurzer Zeit eine rein katholisch geprägte, sozial geschlossene Unterschichtenkultur der regionalen Arbeiterschaft, mit katholischen Arbeiter-, Gewerk-, Gesang- und Jungmännervereinen, Jungfrauenkongregationen und ähnlichen Organisationen.

Diese in sich geschlossene katholische Sozialwelt bewirkte auf politischer Ebene, daß das Zentrum an der Saar ab der Jahrhundertwende zur stärksten Partei und die katholischen Gewerk- und Arbeitervereine schon vorher zur Konkurrenz der freien Gewerkschaften wurden. Durch die Erschütterungen im Gefolge des Ersten Weltkrieges wurde dieses geschlossene Milieu erstmals massiv aufgebrochen. Obwohl seine Anziehungskraft in den 1920er Jahren allmählich schwächer wurde, blieb es bis zum Beginn des Abstimmungskampfes 1933 das zahlenmäßig stärkste politische und sozial geschlossenste Milieu an der Saar.

Freie Arbeiterbewegung 1900–1935

Im Saarrevier und in Lothringen blieben bis zum Tode von Stumm 1901 die Verhältnisse für die Arbeiterbewegung sehr schwierig; die Entwicklung der SPD und der freien Gewerkschaften stagnierte hier bis 1917. Lothringen fiel 1918 an Frankreich zurück und seine Arbeiterbewegung wurde von da an durch die französischen Sozialisten und Kommunisten sowie durch die komplexen französischen Gewerkschaftsstrukturen geprägt.

Eine freie politische und gewerkschaftliche Entwicklung, die im Reich ab 1918 möglich war, konnten die SPD und die Gewerkschaften an der Saar nur äußerst kurzfristig erleben: Der Ausrufung der Republik am 9. November und der Errichtung von Arbeiter- und Soldatenräten folgte schon am 11. November der Waffenstillstand, und am 22./23. November 1918 zogen die französischen Besatzungstruppen im

Saarrevier ein. Die Arbeiter- und Soldatenräte wurden sofort von den Besatzungstruppen entmachtet, womit die bislang erste Chance einer freien, selbstbestimmten Entwicklung der Arbeiterpolitik sofort im Ansatz erstickt wurde. Auch die Umsetzung eines revolutionären bzw. sozialistisch geprägten Gesellschaftsentwurfes an der Saar wurde damit unterbunden, da 1918–1920 die französische Militärverwaltung den Bewegungsspielraum der SPD und der Gewerkschaften einschränkte.

Die Bestimmungen des Versailler Vertrages von 1919 trennten einen Teil des Saarreviers unter der neuen Bezeichnung „Saargebiet“ von Deutschland ab und unterstellten dieses ab 1920 für 15 Jahre der internationalen Verwaltung des Völkerbundes. In den 1920er und frühen 1930er Jahren konnten sich die linken Parteien und die Gewerkschaften an der Saar entwickeln und ein eigenes Kultur- und Sozialmilieu bilden. Dieses erreichte allerdings nie die soziale Geschlossenheit des katholischen Milieus, mit dem es sich personell zum Teil überschneidet. Ein weiteres Problem der Arbeiterkultur war, daß die Linken sich fast vollständig in die antifranzösische, deutsch-nationale revisionistische Mehrheit im Saargebiet einreihen. Sie beteiligten sich z.B. am Bergarbeiterstreik 1923, der eigentlich ein Streik gegen die französische Besatzung im Rheinland und die französische Vorherrschaft an der Saar war. Selbst als sich Ende 1931/Anfang 1932 die Bedrohung durch die NSDAP auch an der Saar klar abzuzeichnen begann, proklamierten Vertreter der linken Parteien und der freien Gewerkschaften genau wie die bürgerlichen Parteien „Heim-ins-Reich“-Parolen.

Saarländische Arbeiterbewegung im Abstimmungskampf 1933–1935

Die komplexe Problematik des Abstimmungskampfes im Hinblick auf die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung kann hier nur skizziert werden.

Infolge der Weltwirtschaftskrise und der Unsicherheit über die nationale Zukunft der Saarwirtschaft herrschte seit 1930 zunehmende Arbeitslosigkeit im Saargebiet, die zeitweise durchschnittlich 25% erreichte. Dadurch wurden viele Arbeiter um so anfälliger für die Versprechen der NSDAP, es werde unter ihrem Regime Arbeit für alle geben.

Mit dem Regierungsantritt Hitlers im Reich am 30. Januar 1933 gerieten die Arbeiterparteien auch im Saargebiet in eine schwierige Lage. Wenn bei der Abstimmung über die Zukunft des Saargebietes, die für den 13. Januar 1935 angesetzt war, eine Mehrheit der Bevölkerung für die Rückkehr zu Deutschland stimmen würde, waren Gut und Leben ihrer Anhänger in Gefahr, wie sie von den Flüchtlingen aus dem Reich, darunter vielen Parteigenossen, jeden Tag erfahren mußten. Die linken Parteien und die Freien Gewerkschaften an der Saar mußten daher nun gegen die Wiederangliederung arbeiten, um ein Übergreifen Hitlers auf die Saar nach Möglichkeit zu verhindern. Dieser plötzliche politische Schwenk um 180 Grad war jedoch schon unter den Mitgliedern und Anhängern nicht zu vermitteln. Die linken Parteien und freien Gewerkschaften gerieten aber auch nach außen hin in akute Rechtfertigungsnot, weil sie die deutsch-nationalen Heimkehr-Parolen noch bis zum Regierungsantritt Hitlers massiv vertreten hatten.

Das katholische Arbeitermilieu, das sich zum Teil mit dem der Gewerkschaften und der linken Parteien überschneidet, geriet dagegen zunächst nicht ganz so stark unter Druck, da Hitler das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften zum Kampf gegen die linken Parteien und die freien Gewerkschaften nutzen wollte. Dabei gelang es der NSDAP, einflußreiche katholische Gewerkschafter wie Peter Kiefer auf ihre Seite zu ziehen, die sich von der Zerschlagung der freien Gewerkschaften eine Stärkung des eigenen Einflusses erhofften. Hinzu kamen im Köllertal zu beobachtende bisweilen bis zur Xenophobie reichende Mißtrauensreaktionen gegenüber geflohenen Kadern der Arbeiterbewegung aus dem Reich, denen man ihre Erfahrungsberichte oft auch nicht glaubte.

Auch die Bischöfe von Trier und Speyer, zu deren Diözesen das Saargebiet gehörte, trugen im Abstimmungskampf dazu bei, das katholische Milieu zu spalten und großteils auf die politische Linie der NSDAP und der Deutschen Front zu ziehen. Sie wiederholten bis wenige Tage vor der Abstimmung, es sei oberste Christenpflicht, der Heimat und der Nation treu zu bleiben. Die Trierer Heilig-Rock-Wallfahrt 1934 wurde eine gigantische nationale Demonstration. Die vergleichsweise kleine katholische Opposition

unter Johannes Hoffmann, die sich für den Status Quo einsetzte, konstituierte sich spät und hatte ideologische Schwierigkeiten, mit den linken Parteien am selben Strang zu ziehen.

Das Versprechen der NSDAP, im Falle der Rückgliederung Arbeit für alle zu schaffen, wurde propagandistisch untermauert mit öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die im grenznahen Raum auf Reichsgebiet durchgeführt wurden und wie ein Schaufenster zum neuen, nationalsozialistischen Deutschland wirken sollten. Dazu gehörten der Bau der Ostertalbahn und die – im Ursprung allerdings ältere – Autobahnplanung.

Ein weiteres Problem für die linken Arbeiterorganisationen an der Saar stellte die massive nationalsozialistische Indoktrination dar, der junge Männer aus dem Saargebiet bis 1935 in den Reichsarbeitsdienstlagern ausgesetzt waren, wohin Hunderte sich freiwillig für einige Zeit meldeten. Aus dieser Altersgruppe der 18–25jährigen hatte sich bis 1933 vor allem der Zuwachs der Linken rekrutiert; sie sahen vom nationalsozialistischen Regime nur die Seiten der Arbeit und Kameradschaft.

Diese und weitere Faktoren wie die massive Beeinflussung durch Radio- und Zeitungspropaganda führten dazu, daß die Arbeiterschaft nicht geschlossen handelte, sondern wie die Mehrheit der Bevölkerung für die Rückkehr zu Deutschland stimmte.

Die Arbeiterschaft an der Saar 1935–1945

Unter den Bedingungen des Nationalsozialismus erging es der Arbeiterschaft ab dem 1. März 1935 in der nun „Saarland“ genannten Region längst nicht so gut, wie die nationalsozialistische Propaganda während des Abstimmungskampfes in goldenen Zukunftsvisionen ausgemalt hatte. 1936 und 1937 kam es zu mehreren Ereignissen, die für das nationalsozialistische Regime so aussahen, als ob ein regionaler Aufstand oder Bürgerkrieg kurz bevorstehe. Dazu zählten vor allem der Frankenhöller Schulstreik und der Grenzgänger-Streik der Warndt-Bergleute. Sie sind unter dem Thema Dorfentwicklung anhand der Katholischen Schule Frankenhöller beschrieben.

Ansonsten lief die Gleichschaltung nach den Vorbereitungen der Jahre 1933–1935 weitgehend reibungslos ab, die Arbeiterschaft hatte sich nun der Deutschen Arbeitsfront und den Nationalsozialistischen Betriebszellen anzuschließen, andere Organisationen gab es nicht. Für die Freizeitbedürfnisse bot die nationalsozialistische Organisation „Kraft durch Freude“ preiswerte Reisen an.

Die Funktionärinnen und Funktionäre der Arbeiterorganisationen vor 1935 wurden in dieser Zeit nicht nur in Deutschland, sondern bis in ihre Exilländer verfolgt. In Frankreich hatten viele von ihnen zwischen 1935 und 1939 noch aktiv zum Widerstand im Reich beitragen können, der entlang der grünen Grenze zum Saarland organisiert wurde. Aus dem Saarland stammende oder über das Saarland geflohene Kader gingen 1936–1939 nach Spanien, um am dortigen Bürgerkrieg auf Seiten der Republik teilzunehmen. Viele deutsche Flüchtlinge in Frankreich wurden zu Kriegsbeginn 1939 als feindliche Ausländer in Lager interniert. Viele deutsche Männer im waffenfähigen Alter wurden aufgrund einer speziellen Gesetzgebung in die französische Armee eingezogen, aber bereits nach dem Waffenstillstand 1940 wieder entlassen. Ein Teil der deutschen Arbeiter und Arbeiterfunktionäre im französischen Exil schloß sich danach der Résistance an, ein anderer Teil wurde aufgrund der Auslieferungsbestimmungen des Waffenstillstandsvertrages ab 1940 in Frankreich verhaftet, häufig durch französische Sicherheitskräfte. Aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Staates kehrten viele nicht zurück.

Rainer Hudemann

Arbeiterbewegung zwischen Autonomie und nationaler Bindung nach 1945

1945 wurde, wie überall in Deutschland, an der Saar eine Einheitsgewerkschaft gegründet. Nach den Erfahrungen des Scheiterns der Arbeiterbewegung 1933 und der Verfolgung in den Folgejahren war dies nicht nur ein verbreitetes Ziel unter der deutschen Linken, sondern entsprach auch den Grundsätzen der

Alliierten. Anders als in allen übrigen Teilen des ehemaligen Reiches konnte an der Saar schon 1947 aber auch eine christliche Gewerkschaft entstehen, welche christliche Gewerkschaftler durch ihre Kontakte zu französischen Kollegen und über sie zu dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Georges Bidault durchgesetzt hatten.

Das christliche wie das sozialdemokratische und das liberale Lager wurde durch die Auseinandersetzungen um das künftige Statut der Saar seit den frühen fünfziger Jahren geteilt. Parteien, die gegen die in der Verfassung 1947 verankerte Wirtschaftseinheit mit Frankreich eintraten, wurden zunächst verboten oder gar nicht erst zugelassen. In den Regierungen des Christdemokraten Johannes Hoffmann (CVP) hatte die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes (SPS) eine starke Stellung und konnte unter ihrem Vorsitzenden Richard Kirn als Arbeitsminister vor allem die innovative und originelle Sozialpolitik dieser Jahre maßgeblich mit gestalten. In der Kriegsopferversorgung sowie – nach französischem Vorbild – der Familienpolitik lag das Niveau an der Saar über dem der Bundesrepublik, die damaligen Sozialversicherungsreformen mit ihrem Prinzip einer Vereinheitlichung der Versicherungsbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen haben zur Jahrtausendwende ihre Aktualität keineswegs eingebüßt. Doch auch wenn Ansätze zu überbetrieblicher Mitbestimmung in der Arbeitskammer realisiert wurden, gewährte das französische Hochkommissariat an der Saar im Gegensatz zur eigentlichen französischen Besatzungszone keine weitgehenden betrieblichen Mitbestimmungsrechte in der unter französischer Verwaltung stehenden Großindustrie. Damit und mit dem oft herrschen, die Bergleute an „die Preußen“ erinnernden Auftreten der französischen Ingenieure und Obersteiger verspielten sowohl die Franzosen als auch die Regierung Hoffmann den politischen Kredit, den sie mit ihrer modernen Sozialpolitik in der Arbeiterschaft hätten erwerben können: Seit den frühen fünfziger Jahren zeichnete sich – etwa beim großen Streik 1954 – die Aushöhlung des breiten Rückhaltes ab, den die Autonomiepolitik nach 1945 zunächst in der Bevölkerung gehabt hatte. Die Fehleinschätzung der Arbeiterkultur an der Saar durch die französischen Entscheidungsträger in Politik und Industrie trug dazu maßgeblich bei.

Europäisierung nach der Ablehnung des Europa-Statuts

Nach der Abstimmung über das europäische Statut der Saar 1955 und der politischen und ökonomischen Rückkehr zur Bundesrepublik 1957/1959 hatte auch die Arbeiterbewegung, wie viele gesellschaftliche Gruppen an der Saar, die Folgen der harten Auseinandersetzungen zu überwinden. Die meisten Anhänger der Autonomiepolitik verloren ihren innerparteilichen und innergewerkschaftlichen Einfluß und ihre Funktionen, zumindest für einige Zeit. Die KPD, als einzige Partei in der Autonomiezeit nicht geteilt und geschlossen in der Opposition, wurde nach 1957 bis zur Neugründung der DKP zunächst in die Illegalität gezwungen.

Bemerkenswert im bundesdeutschen Vergleich ist, daß sich die Christliche Bergarbeiter-Gewerkschaft, die aus der spezifischen saarländisch-französischen Situation der frühen Nachkriegsjahre hervorgegangen war, im April 1966 der IG Bergbau im Deutschen Gewerkschaftsbund anschloß. Das Saarland ist damit das einzige Bundesland, in dem der DGB seinen Führungsanspruch gegenüber anderen konkurrierenden Gewerkschaften aus eigener Kraft, ohne Unterstützung durch eine Einheitsgewerkschaftspolitik der Besatzungsmacht in seinen Gründungsjahren, langfristig behaupten konnte.

Die seit dem 19. Jahrhundert so tiefgreifende Prägung der saarländischen Arbeiterbewegung durch die deutsch-französischen Konflikte wandelte jetzt ihre Funktion: gerade im Saarland entstanden nun manche Brücken zwischen Frankreich und Deutschland, die langfristig besonders tragfähig wurden. Die Gründung des ersten Europäischen Gewerkschaftsrates 1973 auf Initiative des DGB-Saar unter seinem langjährigen Vorsitzenden Manfred Wagner stellte nicht nur die in der Grenzregion aufgrund der strukturellen Konkurrenzsituation besonders schwierigen Gewerkschaftskontakte auf eine neue Grundlage, sondern wirkte als Vorbild für die Entstehung zahlreicher ähnlicher Gewerkschaftsräte in anderen Grenzregionen Europas weit über die Saar-Lor-Lux-Region hinaus.

Quellen und weiterführende Literatur

Einige Unternehmen, deren Betriebs-Siedlungen hier vorgestellt wurden, werden unter ökonomischen Gesichtspunkten im Zusammenhang des Themas „Industrie- und Gewerbearchitektur“ dargestellt:

Flender, Armin, Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 1998.

Heinen, Armin, Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945–1955, Stuttgart 1996.

Herrmann, Hans-Christian, Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955, Saarbrücken 1996.

Herrmann, Hans-Walter u.a., Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Saarbrücken 1989.

Hudemann, Rainer (Hg.), Busemann, Wilfried (Bearb.), Geschichte der Gewerkschaften im Saarland seit 1945. Erschließung der Materialien, Manuskript Saarbrücken 2001.

Hudemann, Rainer/Jellonnek, Burkhard/Rauls, Bernd (Hg.), unter Mitarbeit von Marcus Hahn, Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960, St. Ingbert 1997.

Hudemann, Rainer/Poidevin, Raymond (Hg.), unter Mitarbeit von Annette Maas, Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte. La Sarre 1945–1955. Un problème de l'histoire européenne, München 1992, 2. Auflage 1995.

Jacoby, Fritz, Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar, Saarbrücken 1973.

Linsmayer, Ludwig, Politische Kultur im Saargebiet 1920-1932, St. Ingbert 1992.

Mallmann, Klaus-Michael, Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848–1904), (Veröffentlichungen der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Bd. 12), Saarbrücken 1981.

Mallmann, Klaus-Michael/Paul, Gerhard/Schock, Ralph/Klimmt, Reinhard, Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, 3. Auflage, Bonn 1995.

Von der „Stunde 0“ zum „Tag X“. Das Saarland 1945–1959, Katalog zur Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß Saarbrücken 1990.

Zehn statt Tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar (1935–1945), Katalog zur Ausstellung des regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß, Saarbrücken 1988.

Zenner, Maria, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935, Saarbrücken 1966.